

Vortrag

Europäische Sicherheitsarchitektur seit 1945

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich bedanke mich für die Einladung und die Gelegenheit, mit Ihnen über die aktuelle Sicherheitslage in Europa sprechen und diskutieren zu dürfen.

Meinungsfreiheit ist ein wichtiges Gut und ein Eckpfeiler unserer freiheitlich, demokratischen Wertegemeinschaft. Sie ist aber kein Freibrief für Hetze, Lügen, Häme, Beleidigungen und Respektlosigkeit, sie unterliegt klaren Regeln auf die ich später nochmal zurückkomme.

Erlauben Sie mir, dass ich mich Ihnen kurz vorstelle, damit Sie mich und meinen Vortrag einordnen können.

- 1954 im Saarland geboren (1947 - 59 französisches Protektorat)
- 1972 Mitbegründer der Jusos und Eintritt in die SPD
- nach dem Abitur - Wehrdienst (PzBtl 143 in Koblenz)
- Verpflichtung auf SaZ 2 - Uffzlaufbahn (4./PzBtl 134 in Wetzlar)
- Verpflichtung auf SaZ 12 – Offizierlaufbahn
- Studium an der Universität der Bw München – Soziologie und Politik
- PzZgFhr der 4./ GebPzBtl 8 in Pocking
- KpChef der 4./ PzBtl 244 in Landshut
- Übernahme zum Berufssoldaten - Wechsel zur ABC-Abwehr Truppe
- KpChef der GebABCAbwLehrKp 8 (1.GebDiv) in Sonthofen
- ABCAbwOffz im Stab PzLehrBrig 9 in Munster
- KpChef der ABCAbwKp 3 (3.PzDiv) in Buxtehude
- Stv. BtlKdr ABCAbwBtl 7 in Höxter
- Beteiligung an folgenden Auslandseinsätzen:
 - 1993 Somalia – UNOSOM
 - 1996 Nato Bosnien – Herzegowina Force (SFOR)
 - 1999 Nato Kosovo Force (KFOR)
 - 2002 Nato Operation Enduring Freedom in Kuwait/Irak (OEF)
 - 2007 International Security Assistance Force Afghanistan (ISAF)

- Kommandeur ABCAbw Bataillon 805 in Prenzlau
- Stabsverwendung im IV. Korps in Potsdam
- Stabverwendung im Heeresführungskommando in Koblenz
- Stabsverwendung im Nato HQ Multinationalen Korps in Stettin
- Stabsverwendung im Einsatzführungskommando Bw in Potsdam
- Am 31.07.2013 Versetzung in den Ruhestand

Gliederung

Mein Vortrag ist keine wissenschaftliche Arbeit, sondern meine auf Fakten, logischen Sachargumenten und gemachten Erfahrungen begründete persönliche Meinung und gliedert sich wie folgt.

Um die Gegenwart zu verstehen, kann es helfen, sich der Geschichte zu erinnern und sich gedanklich in die Zukunft zu versetzen: Wie würde ein Bundesbürger im Jahr 2030 auf das heutige Deutschland blicken, was würde er sehen und was davon halten?

Aber der Reihe nach. Lassen Sie mich deshalb mit der Historie beginnen.

Kalter Krieg

An einigen Beispielen werde ich das Bedrohungsszenarios im Kalten Krieg durch Destabilisierung, Infiltration, politische Einflussnahme, Spionage, hybride Kriegsführung erläutern.

Churchill hat am 5. März 1946 in Fulton in Anwesenheit des US-Präsidenten Harry Truman eine Rede gehalten, welche die Weichen für die westliche Nachkriegsstrategie stellte und der Begriff „Eiserner

Vorhang“ entstand. Die Fulton-Rede war nach 1945 die erste offene Kampfansage an die UdSSR, dabei soll er gesagt haben, Zitat: „Wir haben das falsche Schwein geschlachtet“.

Berlin-Blockade (Blockade der drei Westsektoren Berlins) durch die Sowjetunion vom 24. Juni 1948 bis 12. Mai 1949.

Die Blockade war ein Mittel im Kalten Krieg, mit dem die Sowjetunion versuchte, West-Berlin und in der Folge ganz Deutschland in ihren Machtbereich einordnen zu können. Die Westalliierten begegneten der Blockade mit der Berliner Luftbrücke und mit einer Gegenblockade. Die Sowjetunion hob die Berlin-Blockade auf, ohne ihre Ziele erreicht zu haben.

Aufstand vom 17. Juni 1953 auch Volks- oder Arbeiteraufstand

Die sowjetische Besatzungsmacht beendete den Aufstand gewaltsam durch Truppen der Sowjetarmee unter Beteiligung von Polizeikräften des DDR-Regimes. Die Niederschlagung war „einer der größten Militäreinsätze in der europäischen Nachkriegsgeschichte“ mit zahlreichen Toten.

Auf der Konferenz vom 11. bis 14. Mai 1955 in Warschau wurde durch Albanien, Bulgarien, die DDR, die VR Polen, die VR Rumänien, die VR Ungarn, die Sowjetunion und die Tschechoslowakei der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand unterzeichnet und das Militärbündnis „Warschauer Pakt“ gegründet.

Durch die Gründung dieses Militärbündnisses, das über detaillierte Angriffspläne bis an den Rhein verfügte, sicherte sich die Sowjetunion ihren Hegemonialanspruch in Ost- und Ostmitteleuropa.

Die Stationierung sowjetischer Truppen in fast allen Mitgliedstaaten und das Oberkommando unter sowjetischer Kontrolle sorgten dafür, dass die Herrschaft der KPdSU und die Treue gegenüber der Sowjetunion nicht in Frage gestellt werden konnten. In Fällen, bei denen einzelne Teilnehmerstaaten den von Moskau vorgegebenen Kurs verlassen

wollten, wurden diese mit einer militärischen Intervention durch die Truppen des WP niedergeschlagen:

DDR 1953, Ungarn 1956, ČSSR Prager Frühling 1968.

Theoretisch und ideologisch untermauert wurde ein solches Vorgehen nach 1968 durch die Breschnew-Doktrin - die politische Leitlinie der Sowjetunion, was die „begrenzte Souveränität der „sozialistischen Länder“ des WP bedeutete.

Dies ist vergleichbar mit dem derzeit herrschen „Putinismus“ in Russland, einer zunehmend imperialistischen, militaristischen und faschistischen Politik.

Als ein Beispiel für Destabilisierung erinnere ich an die Unterstützung der Baader-Meinhof-Gruppe, später bekannt als RAF, bereits in den frühen 70er Jahren vom MfS der DDR: Gewährung von Unterschlupf und Reisetätigkeiten über den Ost-Berliner Flughafen Schönefeld oder die tschechische Grenze, sowie militärische Ausbildung im Nahen Osten.

Schon 1972 wurden Wahlen beeinflusst: Im April 1972, nachdem Brandts SPD-FDP-Koalition Abgeordnete an die CDU/CSU-Fraktion verloren hatte, kam es zu einem Misstrauensvotum. Reiner Barzel fühlte sich schon als sicherer neuer Bundeskanzler. Bei der Abstimmung fehlten Barzel jedoch zwei Stimmen, weil Abgeordnete von Mitarbeitern des MfS der DDR auf Anweisung Moskaus bestochen worden waren.

Die Guillaume-Affäre ist der wohl politisch bedeutsamste Spionagefall der deutsch-deutschen Geschichte. Im Auftrag der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS reiste Guillaume 1956 in die Bundesrepublik ein. Der Mitarbeiter des MfS und Offizier der Nationalen Volksarmee gab dabei vor, Flüchtling zu sein. Am 24. April 1974 wurde mit Günter Guillaume einer der engsten Mitarbeiter des Bundeskanzlers Willy

Brandt als DDR-Agent enttarnt. Brandt übernahm die politische Verantwortung und trat am 7. Mai 1974 von seinem Amt als Bundeskanzler zurück.

Ab 1976 begann die Sowjetunion mit der Stationierung der SS-20 Raketen, was eine Gefährdung des europäischen Gleichgewichtszustands durch eine unkontrollierte Aufrüstung von Mittelstreckenraketen durch die Sowjetunion für die NATO bedeutete. Das bisherige strategische Gleichgewicht in Europa wurde damit unterminiert und Westeuropa war militärisch erpressbar.

Die Antwort der westlichen Welt war eine Sicherheitsstrategie durch Stärke und Abschreckung.

Am 26. Juni 1945 wurden auf der Konferenz von San Francisco die UNO mit der Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen von 50 Staaten gegründet, diese trat am 24. Oktober 1945 in Kraft.

Die wichtigsten Aufgaben der Organisation sind:

- die Sicherung des Weltfriedens,
- die Einhaltung des Völkerrechts,
- der Schutz der Menschenrechte und
- die Förderung der internationalen Zusammenarbeit.

Die Friedenssicherung ist dabei eine der Hauptaufgaben. Den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen.

(UN-Charta, Art. 1 Ziff. 1)

Anlässlich der wahrgenommenen Bedrohung, die von der Sowjetunion ausging, wurde am 4. April 1949 die NATO in Brüssel gegründet.

Sie ist bis heute das am längsten bestehende internationale Verteidigungsbündnis, mit den Kernaufgaben: kollektive Verteidigung, Krisenprävention und -management sowie kooperative Sicherheit und verfügt über eine politische und militärische Struktur. Das höchste politische Gremium ist der Nordatlantikrat, in dem die NATO den Bündnisfall beschließen würde.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts bestand die NATO fort, erweiterte ihr Aufgabenfeld und gewann neue Mitglieder unter anderem aus dem ehemaligen Ostblock hinzu. Dass es eine Zusage an Moskau gab, die NATO nicht nach Osten zu erweitern, wie von Putin und auch Sahra Wagenknecht immer wieder behauptet wird, ist historisch falsch (s. *NATO-Russland-Grundakte*).

Am 5. Mai 1955: Gründung der Bundeswehr als Wehrpflichtarmee gem. GG Art 12a zur Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland gem. GG Art 87a., über ihre zahlenmäßige Stärke, Organisation, Ausrüstung und Auftrag entscheidet das Parlament.

Bevor die BRD am 6. Mai 1955 offiziell in die NATO aufgenommen wurde, musste sie der WEU (*Kern der WEU ist eine automatische Beistandsverpflichtung bei militärischen Angriffen auf einen Partner*) beitreten. Diese sollte die deutsche Wiederbewaffnung kontrollieren. Zudem musste die Bundesrepublik erklären, auf jegliche gewaltsame Wiederherstellung der deutschen Einheit und auf den Bau atomarer, biologischer und chemischer Waffen zu verzichten. Die neu zu gründende Bundeswehr sollte maximal 500.000 Soldaten umfassen, all ihre Verbände wurden dem NATO-Kommando unterstellt.

Seit 1957 galt in der NATO die Strategie der „Massiven Vergeltung“ (MC 14/2). Das Bündnis wollte mit ihr einen Krieg verhindern.

Das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland stand im Zentrum der strategischen NATO-Überlegungen im Kalten Krieg. Es galt das Prinzip der Vorneverteidigung entlang der Grenze zwischen NATO und Warschauer Pakt.

Die NATO plante die Bündnisverteidigung mit dem „General Defense Plan“. Ausgehend vom Oberbefehlshaber Europa SACEUR (Supreme Allied Commander Europe) wurden regelmäßig Pläne erstellt und überarbeitet, welche die Aufgaben der Truppenteile im Krieg definierten und in unangekündigten Alarmübungen – Active Adge – trainiert wurden.

Bis zum Ende des Kalte Krieges 1990 befanden sich an der westlichen Grenze zur DDR die Gefechtsstreifen von 9 Korps aus 6 Nato-Staaten, so auch der Gefechtsstreifen meiner PzKp.

Die Operationspläne wurden mittels Erkundungen vor Ort jährlich im Sommer und Winter aktualisiert.

Am 1. August 1975 trat die Schlussakte von Helsinki der "Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (KSZE) über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und der Russischen Föderation in Kraft.

Ausgehend von dem Grundsatz, dass die Sicherheit aller Staaten in der euro-atlantischen Gemeinschaft unteilbar ist, werden die NATO und Russland zusammenarbeiten, um einen Beitrag dazu zu leisten, dass in Europa gemeinsame und umfassende Sicherheit auf der Grundlage des Bekenntnisses zu gemeinsamen Werten und Verpflichtungen im Interesse aller Staaten geschaffen wird.

Am 12. Dezember 1979 fassten die Außen- und Verteidigungsminister in Brüssel den Nato-Doppelbeschluss. Dieser sah Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Abbau der auf Westeuropa gerichteten SS-20-Raketen vor, die die UdSSR seit Mitte der siebziger Jahre zu stationieren begonnen hatte. Die westeuropäischen Nato-Mitgliedstaaten empfanden das als Bedrohung. Für den Fall eines Scheiterns der Gespräche mit der UdSSR vereinbarten sie daher im Nato-Doppelbeschluss, dass die USA nach vier Jahren, also Ende 1983, ebenfalls nukleare Mittelstreckenraketen (Pershing II) in Europa stationieren würden.

Als ideales Verhandlungsergebnis bezeichnete Kanzler Schmidt eine beiderseitige Null-Lösung, bei der die Nachrüstung der USA entfiel, weil die UdSSR ihre Hochrüstung bei den nukl. Mittelstreckenraketen selbst beseitigte.

Die Plenardebatte am 9. Oktober 1981 um den Nato-Doppelbeschluss begann für die SPD zu einer Zerreißprobe zu werden und Helmut Schmidt, konnte sich der Unterstützung seiner Partei (den gleichen Protagonisten wie heute - Stegner, Mützenich) nicht mehr sicher sein.

Der politische Diskurs wurde mit hysterischen Angstparolen und der Gefahr eines Atomkrieges aufgeheizt und endete mit dem konstruktiven Misstrauensvotums gegen Schmidt und dem Regierungswechsel im Oktober 1982.

Rund sechs Wochen nach der Debatte und der Demonstration im Bonner Hofgarten, begannen am 30. November 1981 in Genf die INF-Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der UdSSR.

Für viele namhafte Historiker und Helmut Kohl, steht die historische Bedeutung des NATO-Doppelbeschlusses außer Frage:

Zitat: »Die Entscheidung aller Entscheidungen auf dem Weg zur deutschen Einheit war der NATO-Doppelbeschluss, den mein Vorgänger Helmut Schmidt gegen den Willen seiner Partei auf den Weg brachte und den ich mit meiner Regierung 1983 gegen alle Widerstände in unserem eigenen Land durchsetzte. Ich bin zutiefst überzeugt, dass ohne den NATO-Doppelbeschluss, die Mauer 1989 nicht gefallen wäre und wir 1990 die Wiedervereinigung nicht erreicht hätten.

Die Tatsache, dass man bei der Analyse von politischen Sachverhalten einen Fehler machen darf, den man erst hinterher erkennen kann, liegt in der Natur der Sache, man darf ihn nur nicht sehenden Auges wiederholen.

Die geschlossene Sicherheitspolitik des Westens, klare Kante und die Strategie der Abschreckung haben zu Frieden und Wohlstand geführt!

Entspannung

Mit dem Ende des Eisernen Vorhangs 1989, dem von Gorbatschow eingeleiteten Umbaus der Sowjetunion, schien das Ende der Bedrohung erreicht zu sein. Viele Zeitgenossen erhofften sich eine globale Ära der Entspannung - von Frieden, Demokratie u. Wohlstand.

Der INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces Treaty) aus dem Jahr 1987, war das von Schmidt als ideal bezeichnetes Verhandlungsergebnis des NATO-Doppelbeschlusses und die größte jemals durchgeführte Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa. Die USA und die Sowjetunion hatten darin vereinbart, alle landgestützten Raketen und Marschflugkörper mit einer Reichweite zwischen 500 und 5.500 Kilometern zu vernichten und keine neuen Waffen dieser Kategorie mehr zu produzieren. Das Abkommen war ein Wendepunkt im Kalten Krieg.

Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) von 1990 war das grundlegende Vertragswerk der konventionellen Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa der 90er Jahre. Der Vertrag wurde zwischen den damaligen Mitgliedsstaaten der NATO und des Warschauer Pakts geschlossen und trat 1992 in Kraft. Ziel des Vertrags war ein sicheres und stabiles Gleichgewicht der konventionellen Streitkräfte auf niedrigerem Niveau sowie die Beseitigung der Fähigkeit

zu militärischen Überraschungsangriffen und groß angelegten Offensivoperationen in Europa.

Von 1991 - 1994 wurden mit den START (*Strategic Arms Reduction Treaty*) Abkommen I+II die Reduzierung und Deaktivierung von Interkontinentalraketen und die Obergrenzen für Atomsprengeköpfe von den USA und der Russische Föderation vereinbart.

[Am 31. Juli 1991 wurde START I - das Abkommen über eine Verminderung auf 1.600 Trägersysteme mit maximal 6.000 anrechenbaren nuklearen Gefechtsköpfen, zudem die Halbierung der schweren sowjetischen Interkontinentalraketen (ICBM) SS-18 Satan und eine Obergrenze von 4.900 Atomsprengeköpfen ballistischer Raketen auf beide Seiten – unterzeichnet und trat nach dem Ende der Sowjetunion am 5. Dezember 1994 in Kraft. Durch ein Zusatzprotokoll galt das Reglement des Vertrags für die USA, Russland, Belarus, Kasachstan und die Ukraine.

Am 3. Januar 1993 wurde START II als Nachfolger von START I von den USA und von der Russische Föderation unterzeichnet. START II verlangte die Deaktivierung aller landgestützten Interkontinentalraketen mit Mehrfachsprengköpfen (alle russischen SS-18-Satan- und amerikanischen Peacekeeper-Raketen) sowie den Abbau der strategischen Atomsprengeköpfe bis zum Jahr 2003 auf maximal 3000 bis 3500 pro Seite vereinbart.]

Der Vertrag über den Offenen Himmel trägt zur Überwachung von Vereinbarungen der Rüstungskontrolle sowie zur Konfliktverhütung und -bewältigung bei. Er stellt eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme im OSZE-Raum dar. Er wurde am 24. März 1992 von 27 Staaten der NATO und des ehemaligen Warschauer Pakts unterzeichnet und trat am 1. Januar 2002 rechtlich verbindlich in Kraft. Deutschland gehört diesem wichtigen Abkommen seit seinem Inkrafttreten an.

Am 5. Dezember 1994 wurde das „Budapester Memorandum“ im Rahmen eines Gipfeltreffens der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) unterzeichnet. Darin verpflichteten sich die USA, Russland und Großbritannien in drei getrennten

Erklärungen, die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie die existierenden Grenzen von Belarus, der Ukraine und Kasachstan zu respektieren. Im Gegenzug sollen diese Länder auf den Besitz von Nuklearwaffen verzichten. Alle drei Staaten haben seitdem ihre Atomwaffen vollständig abgerüstet.

Artikel 2 des Memorandums enthält die Verpflichtung seitens der USA, Frankreichs, Großbritanniens und Russlands auf Gewalt bzw. auf die Androhung von Gewalt zu verzichten. Keine Waffen dürfen jemals gegen die Unterzeichnerstaaten eingesetzt werden, außer zur Selbstverteidigung oder anderweitig in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen. Im Artikel 3 wurde auch auf jeglichen ökonomischen Zwang verzichtet.

Am 8. April 2010 unterzeichneten die Präsidenten der USA - Barack Obama und der Russlands - Dmitri Medwedew - in Prag den bis 2020 gültigen New-START-Vertrag über Maßnahmen zur weiteren Reduzierung und Begrenzung der strategischen Angriffswaffen. Dieser sieht ab der Ratifizierung des Vertrages für die nächsten sieben Jahre eine Reduzierung der Anzahl der Sprengköpfe von 2200 auf je 1550 und der Anzahl der Trägersysteme von 1600 auf 800 vor.

Nachdem Russland sich jahrelang gegen die NATO-Osterweiterung gesperrt hat, wächst das Vertrauen zwischen Russland und dem Westen und Russland stimmt 1997 der NATO-Osterweiterung zu.

Am 27. Mai 1997 kommt es zur NATO-Russland-Grundakte, die das Vertrauen stärken soll. Darin verpflichten sich beide Seiten, die Souveränität aller Staaten zu achten. Russland erkennt an, dass es kein Vetorecht gegen die NATO-Mitgliedschaft anderer Länder hat.

Die NATO erklärt wiederum, dass sie keinen Anlass und nicht die Absicht habe, in den neuen osteuropäischen Staaten Atomwaffen zu stationieren. Auch soll Russland eng in die NATO-Planungen eingebunden werden. Moskau bekommt außerdem umfangreiche Wirtschaftshilfen und wird in die Gruppe der führenden Industrieländer - G7, ab dann G8 - aufgenommen.

Die Stimmung bei der Unterzeichnung im Élysée-Palast in Paris war gut. Boris Jelzin wartete mit einem großen Versprechen auf: Alle Atomwaffen, die auf NATO-Staaten gerichtet sind, werden abgebaut.

Die Behauptungen von BSW und AFD, dass es bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen 1990 eine Zusicherung des Westens gab, die NATO nicht über Deutschland hinaus auszudehnen und die USA seit 1998 als der führenden Macht innerhalb des Militärbündnisses, mit Hilfe der NATO-Osterweiterung danach strebte, Russland sicherheitsstrategisch in die Enge zu treiben, ist historisch falsch. Es ist eine gezielte Desinformation, die zu 100% das Narrativ des russischen Präsidenten Putin propagiert.

Diese Veränderung der sicherheitspolitischen Lage und die internationalen Verpflichtungen in den Vereinten Nationen, der NATO und der EU haben die Verantwortung Deutschlands grundlegend verändert.

Die Bundeswehr wurde auf Einsätze zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung ausgerichtet, einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus im Rahmen von multinationalen Operationen.

Daraus abgeleitet ergaben sich die stetigen Kürzungen des Militärhaushaltes von 3% 1990 auf 1,4% 2022

Was gleichermaßen zu einer drastischen Reduzierung der Truppenstärke führte.

Beispiel Heeresstruktur 2011

1990: ca. 302.000 Soldaten, 12 Div, 36 Brig, 84 PzBtl mit 2.398 KPz

Speziell am Beispiel der PzTr

01/2025: ca. 65.000 Soldaten, 3 Div, 9 Brig, 6 PzBtl mit 339 KPz

Und folgerichtig auch zu einer deutlichen Personalkürzung der Bw.

Ich vergleiche es gerne mit der Feuerwehr. Viele Deutsche waren der Meinung, wenn es eine Zeitlang nicht gebrannt hat, kann man die Feuerwehr und die Rettungskräfte reduzieren.

Diesen gravierenden Fehler haben viele Deutsche gemacht und die politische Lageentwicklung in Europa völlig falsch beurteilt oder komplett ignoriert.

Der neue Ost - West – Konflikt

Seit dem 31. Dezember 1999 bis heute bestimmt Putin die politische Entwicklung der Russischen Föderation. Russland entwickelte sich in dieser Zeit in eine illiberale und pseudodemokratische Richtung mit zunehmend imperialistischen und militaristischen Absichten.

Wladimir Putin ist ein KGB-geschulter Machtmanager, ein Sadist, ein imperialer Träumer und postmoderner Cyberkrieger, der die Europäer mit großer Meisterschaft auseinanderzuidividieren versucht.

Das war das Ende des friedlichen Miteinanders in Europa und der Neue Ost - West- Konflikt begann.

Von Anfang an, hat Putin Kriege geführt, um seine imperialen Träume zu verwirklichen:

- 1999 bis April 2009 Tschetschenienkriege
- 2008 gegen Georgien

18. März 2014: Russlands Annexion der Krim

Mit der Besetzung der Krim begann Ende Februar 2014 der Russisch-Ukrainische Krieg. Im Anschluss an die völkerrechtswidrige Annexion der Krim folgten weitere Eskalationen durch Russland insbesondere durch die prorussischen Separatisten und die selbstproklamierte Staatlichkeit der sogenannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk

Territorium der Ukraine seit 2014

Mai 2018 Stationierung von Iskander-Raketen in Kaliningrad

Nach langem Versteckspiel hat Russland am 08. Mai 2018 die Stationierung von Iskander-Raketen in der westlichen Ostsee-Exklave Kaliningrad bestätigt. Die atomar bestückbaren SS-26 (Nato-Code) mit 500 Kilometer Reichweite können in weniger als 3 Min. Warschau, Berlin oder Kopenhagen erreichen. Die Waffen seien Anfang des Jahres in dem Ort Tschernjachowsk (früher Insterburg, Ostpreußen) stationiert worden, sagte ein Sprecher des russischen Militärs.

2019 Kündigung INF - Vertrag

US-Präsident Trump kündigt den INF-Vertrag mit der Begründung, Russland habe mit der Stationierung der SS-26 und der Entwicklung der

Drohne 9M729 gegen den Vertrag verstoßen. Daraufhin kündigt Putin den Vertrag, das größte Abrüstungsprojekt der letzten 30 Jahre.

Überfall Russlands auf die Ukraine am 24.02.2022

Der Angriffskrieg von Putin gegen die Ukraine ist auch ein Angriff auf die Freiheit in Europa und betrifft die Kerninteressen aller europäischen Staaten. Er zertrümmert die europäische Sicherheitsordnung, wie sie seit der Schlussakte von Helsinki fast ein halbes Jahrhundert Bestand hatte und er verstößt als ständiges Mitglied (5) des UN-Sicherheitsrates (Weltsicherheitsrat) gegen die UN-Charta, Art. 1 Ziff. 1, das ist völkerrechtswidrig. Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents.

Das von Einigen als „Putinismus“ bezeichnete Herrschaftssystem wird charakterisiert als autoritär, despotisch, revanchistisch und diktatorisch, seit dem Überfall auf die Ukraine 2022 vermehrt auch als faschistisch, neoimperialistisch. Putin hält sich an keine Verträge oder kündigt sie auf; das verstößt gegen internationales Recht und macht ihn als Verhandlungspartner obsolet.

Europa und Deutschland haben die Dringlichkeit zu spät erkannt, sich dagegen zu wappnen und haben diese Appeasement Politik gegenüber Russland spätestens seit 2015 sehenden Auges betrieben.

August 2022 Russland stationiert Hyperschallraketen in Kaliningrad

Das russische Verteidigungsministerium hat am 18. August 2022 die Stationierung von 3 Kampfflugzeugen des Typs MiG-31 mit Hyperschallraketen des Typs Kinzhal auf dem Luftwaffenstützpunkt Tschkalowsk in der Ostsee-Exklave Kaliningrad im Rahmen zusätzlicher Maßnahmen zur strategischen Abschreckung, bestätigt.

Die Kampfflugzeuge sind in einer 24 hours 7 day - Alarmbereitschaft.

Das AfD-Russland-China-Netzwerk

Im Mai 2024 war einiges zur auffälligen Nähe der AfD zu Russland und China, zu möglicher Bestechung und Verdacht auf Spionage bekannt geworden. Ein erschreckendes Bild der AfD, die strukturell offen für illegitime Einflussnahme durch Regierungen anderer Staaten ist.

AfD-Russland-China-Netzwerk

Hier ein Ausschnitt aus dem Netzwerk am Beispiel des MdB (Klick) Petr Bystron einem deutsch-tschechischen Politiker der AfD und dem MdEP (Klick) Maximilian Eugen Krahe, er war Spitzenkandidat der AfD für die Europawahl 2024.

September 2024 Russlands heimliche AfD / BSW-Agenda

Politiker von AfD und BSW verbreiten immer wieder russische Propaganda-Lügen:

- „Die Ukraine ist Opfer einer geopolitischen Auseinandersetzung auf globaler Ebene zwischen der NATO und Russland“
(Björn Höcke am 24.02.2022 auf Facebook)
- „Dieser Krieg ist nichts anderes als ein Stellvertreterkrieg zwischen den USA und den Russen.“
(Alice Weidel, AfD-Vorsitzende, am 09.10.2024 auf Welt TV)

Eine Auswertung prorussischer Medien zeigt, wie Putin im Rahmen der Landtagswahlen im Osten versucht hat mit Desinformationen, die deutsche Gesellschaft zu spalten. Sie porträtierten die AfD und das BSW als „Kümmerer“- und Friedenspartei“ und als „Retterinnen vor der

Ampel“, um so durch gezielte, einseitige Unterstützung für das BSW und die AfD das Wahlergebnis zu steuern. (*AfD in Thüringen stärkste Kraft, das BSW auf Anhieb auf 15,8 Prozent, Matthias Moosdorf, der außenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion wurde vom Kreml gesponsert*).

Parasitärer Pazifismus

Die deutsche Gesellschaft genoss die Hängematte von Frieden, Demokratie u. Wohlstand. In großen Teilen war Deutschland dem alten bundesrepublikanischen, parasitären Pazifismus verfallen - wir sind die Guten, die Friedensengel Europas – und wenn's schief geht, helfen uns ja die Amerikaner. Schon William Shakespeare hat dieses Phänomen in seinen sozialkritischen Dramen thematisiert - Wohlstand macht träge, dekadent und feige.

Zeitenwende

Regierungserklärung am 27. Februar 2022

Mit dem Überfall auf die Ukraine hat der russische Präsident Putin kaltblütig einen Angriffskrieg vom Zaun gebrochen. Das ist eine Zeitenwende und bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor. Im Kern geht es um die Frage, ob Macht das Recht brechen darf, ob wir es Putin gestatten, die Uhren zurückzudrehen in die Zeit der Großmächte des 19. Jahrhunderts, oder ob wir die Kraft aufbringen, Kriegstreibern wie Putin Grenzen zu setzen. Ja, wir wollen und wir werden unsere Freiheit, unsere Demokratie und unseren Wohlstand sichern. Deutschland braucht Fähigkeiten, um dieser Bedrohung begegnen zu können. Deutschland muss daher mehr in die Sicherheit investieren, das Ziel ist eine leistungsfähige, hochmoderne, fortschrittliche Bundeswehr, die uns zuverlässig schützen kann.

Juli 2024 Gipfeltreffen der NATO in Washington

Die NATO will ihre militärische Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit in Europa stärken sowie die Lücke im strategischen Gleichgewicht schließen, die durch die Stationierung von Iskander-Raketen und Hyperschallraketen durch Russland in Kaliningrad entstanden ist. Dazu sollen ab 2026 vorübergehend konventionelle US-Marschflugkörper vom Typ "Tomahawk", Flugabwehrsysteme vom Typ SM-6 und Überschallwaffen in Deutschland stationiert werden, bis Deutschland solche weitreichenden Waffensysteme zusammen mit anderen europäischen Ländern wie Frankreich, Italien und Großbritannien produziert hat.

[Die angekündigten Überschallraketen kombinieren eine besonders hohe Geschwindigkeit mit einer großen Manövrierfähigkeit. Dadurch können sie nur schwer von einem Gegner abgefangen werden.]

Angesichts des neuen Ost-West-Konflikts haben wir keine Zeit zu verlieren, denn der Westen wird mächtig herausgefordert, von außen und von innen. Wichtig wäre es nun, dass wir unsere Lehren aus den Fehlern der Vergangenheit ziehen.

Abwägen der Möglichkeiten des eigenen Handelns

Vor diesem Hintergrund der aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen in Europa - dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine - und auf Grundlage der wegweisenden Dokumente der NATO (Gipfeltreffen in Madrid 2022) müssen alle EU-NATO-Mitgliedstaaten ihre Hausaufgaben machen und nationale Sicherheitsstrategien erarbeiten.

Die geostrategisch brisante Lage an der Südostflanke der NATO – dem Nahostkonflikt, mit einem aktuell problematischen Nato Mitglied Türkei ist hierbei noch nicht berücksichtigt.

Entwicklung einer Nationalen Sicherheitsstrategie

Deutschland startete 2023 einen Strategieprozess und die Bundesregierung hat im Juni 2023 erstmals eine eigene Nationale Sicherheitsstrategie vorgestellt.

Diese beruht auf einer starken Nordatlantischen Allianz sowie einer geeinten Europäischen Union.

Mit einer Politik der Integrierten Sicherheit will sie Deutschlands Wehrhaftigkeit gewährleisten, die Resilienz der Gesellschaft stärken und einen nachhaltigen Umgang mit unseren Lebensgrundlagen erreichen.

Aus dieser nationalen Sicherheitsstrategie leiten sich beispielhaft folgende Konzepte und Projekte ab.

Neues Wehrpflichtkonzept

Das Bundeskabinett hat am 06.11.2024 den gesetzlichen Änderungen für die Einführung eines neuen Wehrdienstes in Deutschland zugestimmt. Danach sollen junge Männer künftig dazu verpflichtet werden, einen Fragebogen auszufüllen. Darin sollen sie Auskunft über ihre Bereitschaft und Fähigkeit zum Militärdienst geben. Für junge Frauen ist das freiwillig. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung bleibt erhalten. Das Gesetz zum Neuen Wehrdienst verfolgt das Ziel, bis 2031 die Zahl der Soldatinnen und Soldaten auf 203.000 zu erhöhen und eine Reserve mit bis zu 260.000 Frauen und Männern zu bilden. Derzeit dienen rund 180.000 Soldatinnen und Soldaten im deutschen Militär. Die Zahl der Reservisten liegt aktuell bei rund 60.000.

Wehrerfassung und Rekrutierungsorganisation

Das Gesetz zum Neuen Wehrdienst ermöglicht es, die Wehrerfassung wieder zu installieren, die es seit der Aussetzung der Verpflichtung zum Grundwehrdienst 2011 nicht mehr gibt. Mit der Aussetzung des Wehrdienstes sind Wehrerfassung und Wehrüberwachung zerschlagen worden, obwohl der Staat gesetzlich dazu verpflichtet ist.

Zivil-militärische Zusammenarbeit ZMZ

Die Konzeption der Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) als ein eigenständiger Aufgabenbereich innerhalb der Bundeswehr umfasst alle Maßnahmen, Kräfte und Mittel, welche die Beziehungen zwischen Dienststellen der Bundeswehr auf der einen Seite und zivilen Behörden sowie der Zivilbevölkerung auf der anderen Seite regeln, unterstützen oder fördern. Dies schließt die Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen und anderen nicht-staatlichen Organisationen (NGO) ausdrücklich ein. Dazu verfügt die Bw in jedem Bundesland über ein Landeskommando als Ansprechpartner für die Landesregierung, in Regierungsbezirken bzw. Landkreisen und kreisfreien Städten über Bezirksverbindungskommandos bzw. Kreisverbindungskommandos.

Weiterentwicklung der KZV durch das BBK

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) muss eine neue bedrohungsangepasste Konzeption Zivile Verteidigung (KZV) entwickeln, die im SP die zivile Alarmplanung, die Gewährleistung der medizinischen Versorgung, der Versorgung mit Wasser und Nahrungsmitteln, die Kommunikationsleistungen und die Energieversorgung sowie im Spannungs- und Verteidigungsfall die Sicherung von Staats- und Regierungsstrukturen beinhaltet und die die Selbstschutz- und Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung verbessert.

Verbesserung des Zivilschutzes

Die beinhaltet alle nicht-militärischen Maßnahmen im Verteidigungs- oder Spannungsfall, welche dem Schutz der Bevölkerung an sich sowie dem Aufrechterhalten der öffentlichen Infrastruktur dienen. Der Zivilschutz gehört nach Art. 73 Nr. 1 Grundgesetz (GG) zur ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz des Bundes. Er ist ein Teilbereich der Zivilverteidigung, für die das Bundesministerium des Innern zuständig ist.

Nationaler Bunkerplan des BBK

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BBK) reagierte bereits mit einem nationalen Bunker-Plan. Dabei geht es nicht um neue Bunker, denn solche zu bauen, dauert mindestens eine Generation. Im Plan ist vorgesehen, dass zunächst alle frei zugänglichen Gebäude wie Ämter und Behörden, aber auch U-Bahn-Stationen und Bürogebäude erfasst werden sollen, die bei einem Raketenangriff Schutz bieten könnten. Mithilfe einer App sollen die entsprechenden Gebäude dann ausgewiesen werden, sodass jeder den nächstgelegenen Schutzraum finden kann.

Darüber hinaus sollen Bürger ermutigt werden, auch in ihren Eigenheimen Schutzräume zu schaffen, etwa durch Hochrüsten von Garagen und Kellern. Mit einer Informationskampagne sollen alle diese Wege bekannt gemacht und die Bevölkerung sensibilisiert werden.

MLC - Straßen- und Brückendatenbank

Da im Spannungs- und Verteidigungsfall Deutschland zur logistischen Drehscheibe der NATO wird, ist die Erstellung einer aktuellen, aussagekräftigen MLC - Straßen- und Brückendatenbank zwingend erforderlich, um Marschbewegungen effizient planen und durchführen zu können.

[Die Militärische Lastenklasse ist eine Gewichtsklassifizierung für militärische Kraftfahrzeuge der NATO. Damit wurden aufgrund von Vorgaben der NATO während des Kalten Krieges die Brücken und Straßen in der BRD durch ein kreisrundes, gelbes Schild gekennzeichnet. Seit 2009 ist die Aufstellung der Schilder nicht mehr vorgesehen und in den neuen Ländern durfte aufgrund des Zwei-plus-Vier-Vertrags bis 1995 nicht beschildert werden]

Erhöhung des Verteidigungsetats

Die Gesamtaufwendungen der BRD im Jahr 2024 beliefen sich auf rund 52 Mrd. € + 20 Mrd.€ aus dem Sondervermögen = 72 Mrd.€ = 2,1 Prozent BIP.

Zwei Studien des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel und des Instituts für Makrofinanzen belegen schwarz auf weiß: Um die Ziele der neu entwickelten Nationalen Sicherheitsstrategie zu erreichen, müsste der Verteidigungsetat auf 3-4% des BIP wie in den 70ziger Jahren steigen.

Fazit

Aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen

Russland, China und andere Mächte fordern den Westen unverhohlen heraus, wollen eine Weltordnung nach Ihren Vorstellungen unter Ihrer Führung errichten, während die Führungsmacht USA sich aus Europa verabschiedet.

Russland hat die Vormacht des Westens niemals akzeptiert, China ebenso wenig. So gibt es nunmehr auf der einen Seite die westlichen Staaten, die eine liberale, multilaterale Ordnung vertreten, die auf der Souveränität, der Selbstbestimmung und der Integrität der Teilnehmer dieser Ordnung beruht. Auf der anderen Seite haben wir Staaten, die imperialen Vorstellungen von hegemonialen Einflusszonen, in denen sie als Vormächte über die Souveränität und Integrität der anderen Staaten bestimmen, anhängen.

AfD und BSW haben eine ganz neue Konfliktlinie in die Politik der Bundesrepublik eingezogen. Es geht um Grundpfeiler deutscher Außen- und Sicherheitspolitik, die selten zuvor derart stark infrage gestellt worden sind.

Der Krieg ist schon da

Die Sicherheitsexpertin Claudia Major (*Beraterin des Auswärtigen Amts von der Stiftung Wissenschaft und Politik*) geht angesichts dieser russischen Strategie einen Schritt weiter und sagt: "Der Krieg ist schon da". Doch

immer noch herrsche der Irrglaube, dass der Krieg in der Ukraine nicht auch ganz direkt Deutschland betrifft.

Dabei läuft laut nationalen und internationalen Experten längst der Countdown für einen offenen Krieg Russlands gegen den Westen. Analysen zufolge könne die russische Armee in fünf bis acht Jahren über militärische Fähigkeiten verfügen, die sie in die Lage versetzen, neue Bedrohungen für Nato-Gebiete darzustellen."

Russland unter Wladimir Putin hat heiße Kriege immer nur dann begonnen, wenn der angegriffene Staat deutlich schwächer und leicht zu besiegen schien.

Deadline für Verteidigungsfähigkeit

2029 ist somit die Deadline für unsere Verteidigungsfähigkeit, bis dahin müssen wir in der Lage sein, einen russischen Angriff abschrecken zu können.

Abschreckung beruht auf Stärke, der Fähigkeit - Kämpfen zu können um nicht Kämpfen zu müssen - und dem strategischen Gleichgewicht der Kräfte. Deshalb ist die für 2026 geplante Stationierung von konventionellen US-Mittelstreckenraketen zwingend erforderlich, damit wir nicht erpressbar sind und um Putin zu signalisieren: „Es lohnt sich nicht, Du kannst uns nicht besiegen“.

Autarke europäische Verteidigungsfähigkeit

Europa und Deutschland müssen endlich auf eigenen Beinen stehen und seine ökonomische Stärke konsequent nutzen. Es ist doch geradezu aberwitzig, wie sich die EU mit mehr als dreifacher Einwohnerzahl, einem fast zehnfach höheren BiP als Russland (Russland ca. 6,5 Billionen USD kaufkraftbereinigt, EU ca. 63,5 Billionen USD) und einem Verteidigungsetat 2024 von insgesamt 476,2 Mrd. USD, von Russland einschüchtern lässt!

Mit Europas erstem Kommissar für Verteidigung (dem Litauer Andrius Kubilius) verknüpfe ich die Hoffnung, dass die Idee zur Aufstellung Europäischer Streitkräfte, die mit der Gründung des Eurokorps im Jahre

1992 entstand, endlich realisiert wird. Somit könnten die angesprochenen Stärken, der EU - Mitgliedsstaaten gebündelt und die Effektivität der Verteidigungsfähigkeit signifikant verbessert werden.

Bereitschaft Deutschland zu verteidigen

Den seitens AFD und BSW propagierten hysterischen Angstparolen nach dem Motto – Angst essen Seele auf (*Sozialdrama 1974 von Rainer Werner Fassbinder*) - muss mit einer adäquaten Kampagne entgegnet werden, die die Bevölkerung für die Vorbereitung auf einen möglichen Krieg sensibilisiert. Die deutsche Gesellschaft muss willens und fähig werden, ihre Rechte und ihre Freiheit tapfer zu verteidigen, das bedeutet für mich ohne ideologische Semantik:

- Deutschland muss kriegstüchtig werden -

Der Westen braucht "the better story"

Es ist gesellschaftspolitisch zwingend erforderlich, dass wir Frieden, Freiheit und Wohlstand neu definieren. Der Westen braucht Stärke nach außen und Stärke von innen – und die kommt von dem, was man im Englischen "the better story" nennt. Der Westen braucht eine solche bessere Geschichte, um sich im Inneren auf das zu verständigen, was ihn ausmacht und was es zu verteidigen lohnt. Demokratische Politik muss realistisch und glaubhaft vermitteln können, dass sie den Menschen eine bessere Zukunft ermöglicht. Dann kann die Idee des liberalen Westens auch weltweit wieder Zug- und Anziehungskraft entwickeln.

Zwischen Freiheit, Demokratie und Frieden bestehen wechselseitige Abhängigkeiten und sie sind kein Geschenk Gottes, sondern sie müssen erkämpft, erstritten und verteidigt werden.

Die Welt des 21. Jahrhunderts ist Schauplatz multipler Krisen – von Klimawandel, Terror und Pandemien bis zu despotischen Regimes, sozialer Ungleichheit und Finanzkrisen.

Wir sollten uns im Jahre 2030 von Bundesbürgern nicht nachsagen lassen, dass wir sehenden Auges und ohne etwas dagegen getan zu haben, in eine Katastrophe geschlittert sind.

Der Aufbau von Resilienz – die Fähigkeit, adaptiv auf Krisen zu reagieren - wird zur zentralen Zukunftsaufgabe unserer Gesellschaft.

Das bedeutet für Europa und Deutschland

Si vis pacem para bellum

Wenn wir Frieden wollen, müssen wir uns auf den Krieg vorbereiten!

Schlussbemerkung

Politik ist das Ergebnis eines Meinungsbildungsprozesses

Politik ist keine Naturwissenschaft, die auf verifizierten Naturgesetzen beruht, sondern das Ergebnis eines Meinungsbildungsprozesses.

Hier schließt sich der Kreis und ich komme wieder auf die von mir am Anfang meines Vortrages erwähnte Meinungsfreiheit zurück, die die Regeln des ethischen Diskurses beachten sollte.

Kommunikative Interaktion und Diskursethik

Ich orientiere mich dabei an den Arbeiten von Professor Jürgen Habermas (2. Generation der Frankfurter Schule und einer der weltweit meistrezipierten Philosophen und Soziologen der Gegenwart) zur kommunikativen Interaktion und Diskursethik. Darin fordert er:

- den herrschaftsfreien Diskurs, d.h. Achtung und Respekt vor der Meinung des Diskussionspartners,
- kommunikative Kompetenz, das bedeutet - es macht keinen Sinn mit jemandem zu diskutieren der behauptet, dass $2+2=5$ und
- kommunikative Vernunft, d.h. man darf bei der Analyse von politischen Sachverhalten durchaus Fehler machen, die man erst hinterher erkennen kann, aber man darf sie nicht wiederholen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und stehe für Fragen und Diskussion zur Verfügung.

Quellennachweis:

Basis der NATO ist der Nordatlantikvertrag nach Artikel 51 der UN-Charta. In seiner Präambel bekennen sich die Mitglieder zu Frieden, Demokratie, Freiheit und der Herrschaft des Rechts. Dem deutschen Bundesministerium der Verteidigung zufolge versteht sich die NATO als „Wertegemeinschaft freier demokratischer Staaten“. Kern des Vertrags ist die Beistandsklausel aus Artikel 5, welche gegenseitige militärische Unterstützung im Bündnisfall garantiert.

BMVg - Bundesministerium der Verteidigung – Pressestelle

Das **Stockholm International Peace Research Institute** (SIPRI; deutsch: Stockholmer Institut für Internationale Friedensforschung) ist ein wissenschaftliches Institut zur Erforschung von gewaltsamen Konflikten,

Sicherheit und Frieden. Zentraler Forschungsschwerpunkt ist die quantitative Datenerhebung zum globalen Waffenhandel, staatlichen Rüstungsausgaben sowie Abrüstungsfragen.

Claudia Major ist eine deutsche Politikwissenschaftlerin und Forschungsgruppenleiterin für Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Seit 2010 ist sie Mitglied im Beirat Zivile Krisenprävention und Friedensförderung der Bundesregierung.

Claudia Major legte 1996 das Abitur am Hans-und-Hilde-Coppi-Gymnasium in Berlin-Karlshorst ab.[3] Von 1996 bis 2000 studierte sie Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und am Institut d'études politiques de Paris und schloss das Studium mit einem deutsch-französischen Doppeldiplom in Politik- und Sozialwissenschaften ab.

Von 2000 bis 2001 arbeitete sie für die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik und von 2001 bis 2003 bei Network International Public Affairs (IPA) in Berlin. Von 2005 bis 2007 war Major Fellow des internationalen Forschungsprogramms European Foreign and Security Policy Studies und hat seit 2006 einen Lehrauftrag am Institut d'études politiques de Paris. 2007 forschte sie am European Union Institute for Security Studies in Paris, von 2008 bis 2009 im Center for Security Studies der ETH Zürich. Sie ist Leiterin der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

Claudia Major promovierte 2009 im Rahmen des Forschungsprogramms European Foreign and Security Policy Studies zum Thema The development of the EU into a security and defence actor through ESDP an der University of Birmingham. Seit 2010 ist sie Mitglied im Beirat Zivile Krisenprävention und Friedensförderung der Bundesregierung.[4]

Claudia Major konzentriert sich in ihrer Forschungs- und Beratungstätigkeit auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa (NATO / transatlantische Beziehungen, EU, Deutschland, Frankreich, Großbritannien). Aktuelle Beiträge behandeln u. a. die Rolle der NATO, die deutsche Verteidigungspolitik, Europas strategische Autonomie bzw. Souveränität sowie die deutsch-französische Kooperation.

Der Russlandexperte und Historiker Prof. Dr. Karl Schlögel

(Karl Schlögel, Jahrgang 1948, studierte Philosophie, Soziologie, Osteuropäische Geschichte und Slawistik an der Freien Universität Berlin. Nach der Promotion 1981 wirkte er zunächst als freiberuflicher Übersetzer, Publizist und Autor, bevor er 1990 auf den neugeschaffenen Lehrstuhl für

Osteuropäische Geschichte an der Universität Konstanz berufen wurde. 1995 wechselte er an die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, wo er bis 2013 lehrte. Karl Schlögel ist Mitglied des Ordens Pour le mérite. Die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung ehrte ihn 2004 mit dem Sigmund-Freud-Preis. 2016 erhielt er den Preis des Historischen Kollegs, 2018 den Preis der Leipziger Buchmesse, 2024 den Gerda Henkel Preis. Im November 2024 wurde Karl Schlögel der Gerda Henkel Preis verliehen, und für die französische Ausgabe von Entscheidung in Kiew (Gallimard) erhält er am 11. Dezember in Brüssel den Prix Jacques Delors du Livre Européen. Karl Schlögel ist einer der renommiertesten Osteuropa-Experten unserer Zeit, studierte zeitweise in Moskau. Er lebt in Berlin)

warnt den Westen vor einer dramatischen Entwicklung. Er vergleicht die gegenwärtige Lage mit dem Vorabend des Zweiten Weltkriegs.

"Wir befinden uns in **einer Vorkriegssituation**, die, ohne in eine Analogie zu verfallen, viel mit den 1930er Jahren zu tun hat", sagte er der "Rheinischen Post". Die Frage ist doch, ob wir **aktuell den Gefahren ins Auge schauen oder ob wir einknicken und kapitulieren** werden. Daher zieht Schlögel immer wieder Parallelen zur Situation in den 1930er-Jahren, am **Vorabend des Zweiten Weltkrieges**. Auch damals habe es die Situation "**einer analytischen, intellektuellen und wahrscheinlich auch politischen Überforderung**" gegeben.

Dem **Westen** attestierte Schlögel dabei, angesichts der russischen Bedrohung, "nichts im Griff zu haben". Er bescheinigt den säkularen Gesellschaften des Westens und ihren Politikern dabei "innere Widersprüche" und "selbsterstörerische Entwicklungen", unter anderem "die **Bereitschaft zur Selbstpreisgabe, Appeasement und Kapitulation vor der rohen Gewalt.**" (Verwendete Quellen: Interview mit der "Rheinischen Post" vom 08.11.2024; cicero.de: Interview mit Karl Schlögel, 11.07.2024. "Nein, wir haben gar nichts im Griff")

Russland hat im **Kaliningrader Gebiet** und in Belarus **Raketen vom Typ Iskander** stationiert, mit denen es Berlin und wohl auch weitere deutsche Großstädte ins Visier nehmen kann (Die genaue Reichweite dieser Raketen ist umstritten). Sie können mit Atomsprengköpfen bestückt werden. Frau Wagenknecht unterschlägt allerdings, dass dadurch noch stärker die Länder zwischen Russland und Deutschland gefährdet sind, darunter Polen und die baltischen Staaten – Putin bedroht sie mit seinem Verweis auf die Geschichte und die Erinnerung an die teilweise Zugehörigkeit zum russischen Reich. Die **Stationierung von US-amerikanischen Tomahawk-Marschflugkörpern** soll ein **Gegengewicht** zu den russischen Raketen schaffen. Führende Militärexperten sagen, dass es dieses bisher nicht gibt.

Besonnenheit ist die langweilige Schwester von Trägheit!

Der Taurus (lateinisch für „Stier“) ist ein deutsch-schwedischer Luft-Boden-Marschflugkörper (Familie). Der Name ist ein Akronym für Target Adaptive Unitary and Dispenser Robotic Ubiquity System. Taurus wurde als Modulare Abstandswaffe (MAW) für verschiedene Nutzlasten und Missionen entwickelt, aber optimiert, um massiv gehärtete und eingegrabene Ziele (englisch Hard and Deeply Buried Targets, kurz HDBTs) sowie sogenannte Hochwertziele zu bekämpfen. Der Marschflugkörper ist das deutsch-schwedische Gegenstück zum parallel entwickelten britisch-französischen Storm Shadow/SCALP-EG.

Montiert wurde der Marschflugkörper in Deutschland bei Schrobenhausen (Bayern) in einem Bunker der Taurus Systems GmbH, einer Tochterfirma des Rüstungskonzerns MBDA.

Nutzer:

Deutschland: 600 Stück, davon im März 2024 etwa 300 Stück als „einsatzfähig“

Spanien: 43 Stück

Südkorea: 260 Stück

Folgen der Sanktionspolitik:

Russlands Banken könnten urplötzlich in die Krise rutschen, sagt der Top-Ökonom Craig Kennedy, der renommierte Finanzexperte der Harvard-Universität. Er hat "Russlands versteckte Kriegsschulden" untersucht.

Die russische Zentralbank hob den Leitzins im Oktober 2024 von 7,5 auf 21 Prozent an. (Vergleich EZB: Sep 2019, -0,5%; Inflation Sep 23, 4%; Dez 24, 3%)

Moskau steht jetzt vor einem Dilemma: Je länger es sich Friedensverhandlungen mit der Ukraine verweigert, desto größer wird das Risiko, dass es in Russland zu systemischen Bankausfällen kommt, was die Verhandlungsposition des Kreml schwächen würde".

"Wenn der Westen Russland klarmacht, dass er über die größeren Reserven verfügt und die Aufhebung von Sanktionen nur gegen den vollständigen Rückzug Russlands aus der Ukraine infrage kommt, dann schwächt das die Bereitschaft Moskaus, den Krieg fortzuführen", schreibt er.

Der Bayerische Hof in München scheint ein vorbestimmter Ort zu sein, an dem die Welt vor aller Augen zerbricht. Und mit ihr die Hoffnung. Am 10. Februar 2007 hat Wladimir Putin dort bei der Münchner Sicherheitskonferenz eine Rede gehalten. Sie hat das Ende einer Weltordnung eingeläutet. 18 Jahre ist das her. Seither ist die Welt zerbrochen, die wir kannten und in der es sich gut und friedfertig leben ließ. Der russische Präsident, auf dem nach Boris Jelzin neue Hoffnungen der Annäherung im Geiste Gorbatschows ruhten, hatte frei von diplomatischem Zierrat gesprochen.

Bis hierher und nicht weiter, hatte er dem Westen zugerufen, der den Kalten Krieg wiederum genau 18 Jahre zuvor gewonnen hatte und diesen Sieg mit einer Ausdehnung nach Osten auslebte. Es reicht jetzt, hatte Putin gesagt. Danach sind alle ans Buffet. Niemand ging darauf ein, alle zur Tagesordnung über. Wird er schon nicht so meinen. Aber Putin hat jedes Wort ernst gemeint und vom nächsten Tag an Ernst gemacht. Wie die Welt inzwischen weiß und vor allem die Ukraine blutig und leidvoll erfährt.

Am 14. Februar 2025 ist die Welt im Bayerischen Hof zu München 18 Jahre später fast auf den Tag genau ein zweites Mal zerbrochen. Der US-amerikanische Vizepräsident J. D. Vance verkündete in seiner Rede bei der MSC das Ende des Protektorats Europas durch die USA. Ihr müsst jetzt für euch selbst sorgen, sorry. None of our business anymore. Nicht mehr unsere Sache. Und Demokratie könnt ihr auch nicht, behauptete ausgerechnet der Stellvertreter des Mannes, der nach einer Wahniederlage den Pöbel auf das amerikanische Parlament hetzte.

Die zynische Folge der Entwicklungen der vergangenen fast 20 Jahre und vor allem der vergangenen Monate und Wochen: Die USA und Russland machen wieder gemeinsame Sache. Aber über die Köpfe und die Interessen Europas und der geschundenen Ukraine hinweg. Auf der einen Seite: ein russischer Despot, der sich mit allen Mitteln, auch mit Krieg, ein Reich wieder zusammenbauen will, das unwiederbringlich untergegangen ist. Auf der anderen Seite: ein Business-Mogul in der Rolle des amerikanischen Präsidenten, der auch glaubt, ein früheres Amerika wieder aufleben lassen zu können und entschlossen ist, die ganze Welt als eine einzige Immobilien- und Rohstoffbörse miss zu verstehen.

Die neue Weltordnung wird in ihren Strukturen ohne das Bruchstück Europa gebaut – wenn die Europäer jetzt nicht sofort handeln. Das ist mehr eine Frage

des Willens als der realen Möglichkeiten. Die EU ist ein ungeheuer potenter Wirtschaftsraum. Deutschland immer noch die drittgrößte Volkswirtschaft weltweit.

"Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fordern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abverlangen müssen." Mit diesem Satz wie einem Gong begründete der letzte mutige Kanzler dieses Landes seine Agenda 2010.